

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,  
sehr geehrte Interessierte,

März 2024

wie ich im Infobrief für den Monat Februar angekündigt hatte, haben wir uns im Kreistag mit einer Anfrage und einem Antrag dafür eingesetzt, unverzüglich die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft der Berufsbildenden Schulen zu treffen. Nachdem sich die CDU-Fraktion unserem zusammen mit der FDP-Fraktion gestellten Antrag angeschlossen hatte, war auch die Mehrheitsgruppe in der Kreistagssitzung am 14. März 2024 bereit, dem von uns entwickelten Zeitplan mit wenigen unbedeutenden Änderungen zuzustimmen. Nunmehr ist davon auszugehen, dass bis zur Kreistagssitzung am 20. Juni 2024 Klarheit über die weitere Planung und Umsetzung der notwendigen Bauprojekte geschaffen wird. Aus meiner Sicht wird offensichtlich unterschätzt, welche Bedeutung die Berufsbildenden Schulen für den Wirtschaftsstandort Hildesheim haben. Es muss nunmehr eine Lösung gefunden werden, die den Schulbetrieb in der extrem langen Bauphase möglichst wenig belastet. Nach wie vor fehlen belastbare Kostenschätzungen und vor allem der gebotene Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen den in Betracht kommenden Baumaßnahmen.

Nachdem das Land Niedersachsen am 31. Januar 2024 im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Ministerpräsidentenkonferenz der Einführung einer sog. Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugestimmt hatte und auch die Bundesregierung am 1. März 2024 eine entsprechende gesetzliche Änderung beschlossen hat, müssen auch im Landkreis Hildesheim die notwendigen Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung geschaffen werden. Damit ein ggf. erforderlicher Kreistagsbeschluss herbeigeführt werden kann, haben wir beantragt, das Thema auf die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen der zuständigen Ausschüsse und des Kreistages am 20. Juni 2024 zu nehmen. Die konkrete Ausgestaltung der Bezahlkarte soll den Ländern obliegen. Diese sollen sich bereits auf Mindeststandards verständigt und ein Ausschreibungsverfahren zur Einführung der Bezahlkarte gestartet haben. Nach einer Darstellung der Bundesregierung ist ein Vorteil von Bezahlkarten, dass die zur Verfügung gestellte Summe nur im Inland ausgegeben werden kann. Zudem versprechen sich die Städte und Gemeinden durch die Bezahlkarten einen geringeren Verwaltungsaufwand. Leider wird die angestrebte gesetzliche Änderung zurzeit von der Bundestagsfraktion der Grünen verzögert.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich im Namen der Kreistagsfraktion frohe Ostern und einen schönen Frühling.

Mit freundlichen Grüßen Josef Stuke

Vorsitzender der Kreistagsfraktion der Unabhängigen

---

## Termine

Die nächste **Mitgliederversammlung** der **Unabhängigen im Landkreis Hildesheim** findet am **17.04.2024** um 18 Uhr im Landgasthaus Willke in Borsum statt. Die Einladungen werden in Kürze versandt.

----

Am **18.04.2024** findet die **Jahreshauptversammlung** des **Bündnis für Borsum** um 19.00 Uhr im Jugendheim in Borsum, Martinstraße, statt.

----

Am **08.05.2024** findet der erste **Stammtisch** der **Unabhängigen im Landkreis** statt. Weitere Informationen folgen.

## Unabhängige in Alfeld

### Pressemitteilung vom 14.03.2024

Am 12.03.2024 fand in Gerzen die Jahreshauptversammlung der Bürgerliste Alfeld (BAL) – Die Unabhängigen e.V. statt. Turnusgemäß fanden in diesem Jahr Vorstandswahlen statt. Der neue Vorstand besteht aus: **Guido Franke** (1. Vorsitzender), **Uwe Höltgebaum** (1. stellv. Vorsitzender), **Frank Schwarze** (2. stellv. Vorsitzender), **Doris Schwarze-Franke** (Kassenwartin), **Dr. Manfred Müller** (Schriftführer) und den Beisitzern **Iris Stockmar** und **Bernd Hoffmann**. Der bisherige Vorsitzende **Stephan Schaper** hatte aus beruflichen und privaten Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Die Versammlung dankte ihm für seine gute, langjährige Arbeit.



Auf dem Foto von links nach rechts:  
Frank Schwarze, Dr. Manfred Müller, Guido Franke,  
Iris Stockmar, Uwe Höltgebaum, Doris Schwarze-  
Franke, Bernd Hoffmann.

-----

Gute Nachrichten überbrachte Bürgermeister Bernd Beushausen dem Alfelder Stadtrat am 13.03.2024: Das Land hat der Stadt Bedarfszuweisungen in Höhe von 3,3 Millionen Euro gewährt. Außerdem seien weitere 1,7 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden, allerdings müssten die Kreditaufnahmen um 770 000 Euro reduziert werden. Die Hintergründe jedoch sollten im nichtöffentlichen Teil ausgeführt und schließlich in einer weiteren Sitzung am 28. März zur Abstimmung gebracht werden. Einstimmig beschloss das Gremium, den Kindergarten „Die Tonkuhlenpiraten“ in Gerzen zum 1. August dieses Jahres in städtische Trägerschaft zu nehmen. Nach mehr als 40 Jahren hatte die gleichnamige Elterninitiative erklärt, das Angebot nicht weiterzuführen. „Wir können es uns nicht leisten, diese 25 Kita-Plätze zu verlieren“, erklärte Beushausen, betonte aber auch im Rahmen der Sitzung: „Großen Dank an den Elternverein, dass er das so lange gemacht und getragen hat.“

Der Stadt entsteht durch die Übernahme ein zusätzlicher Aufwand von etwa 30 000 Euro im Jahr. **Uwe Höltgebaum** (BAL) sagte auch in seiner Funktion als Ortsbürgermeister von Gerzen: „Wir in Gerzen verlieren einen weiteren Verein im Ort, aber wir sind froh, dass uns die Kita erhalten bleibt.“

Weiterhin ging es um die Ergebnisse der Sozialraumkonferenz, welche in Alfeld zum Thema Kinderarmut durchgeführt wurde. Wie Waltraud Friedemann (SPD) zusammenfasste, liegt die Stadt Alfeld in Bezug auf die Zahlen „relativ weit vorne“, nämlich direkt hinter einigen Stadtteilen der Kreisstadt Hildesheim. „Jetzt liegt es an uns, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Es gibt ganz viel zu tun“, hoffe sie, das Thema im Jugend und Sozialausschuss Ende April wieder aufgreifen zu können. Auch Andreas Behrens (CDU) erklärte: „Es war für uns erschreckend, wie viele Menschen hier in Alfeld doch von dem Thema betroffen sind.“ In dieser Sache nicht tätig zu werden, wäre „Sparen am falschen Ende“. „Wir stellen uns dem Thema“, versicherte auch **Höltgebaum** seitens der BAL, forderte dazu aber auch Unterstützung von Kreis, Land und Bund. Ebenso erklärte Thorsten Dinkela (Bündnis 90/Die Grünen): „Da ist sektorenübergreifende Zusammenarbeit notwendig. Wenn wir nichts machen, kostet uns das langfristig noch mehr Geld.“

Diese Einmütigkeit lobte Vorsitzender Harald Schliestedt (SPD) und schloss das Thema mit den Worten: „Das wird ein Thema sein für die nächsten Jahre, und es ist schön, dass da alle Parteien an einem Strang ziehen.“ ...

(Quelle: Larissa Zimmer, LDZ 15.03.2024)

## Unabhängige in Elze

### Pressemitteilung vom 13.03.2024

In der Sitzung des Ausschusses für Organisation und Soziales am 18. März soll über den Busbetrieb in die Elzer Kindergärten entschieden werden. Seit den 70er Jahren organisiert die Stadt den Transport von Kindergartenkindern. Das jetzige Fahrzeug wurde vor kurzem aufgrund erheblicher technischer Mängel außer Betrieb gesetzt. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung schlägt keine Neuanschaffung eines Busses, sondern die Einstellung des Betriebes vor.

Die Unabhängige Wählergruppe möchte den familienfreundlichen Service aufrechterhalten. Laut Verwaltung wird der Bus kaum noch von den Eltern genutzt. Seit Bekanntwerden einer möglichen Einstellung haben sich allerdings bereits mehrere betroffene Familien gemeldet, die auf den Bus angewiesen sind.

Die UWE ist sich darüber im Klaren, dass der Busbetrieb nicht kostendeckend sein kann und stellt zur Diskussion, wie viel dieser Familienservice Elze wert sein sollte. Gerade in den Neubaugebieten wird in den nächsten Jahren weiterer Bedarf entstehen. Sie sieht den Bus auch nicht als reinen Kindergartenbus, sondern als Stadtbus. Die Unabhängigen plädieren dafür, ein Konzept für die Nutzung zu erstellen. Es sollten grundsätzlich alle Elzerinnen und Elzern inklusive der Ortsteile den Bus nutzen können, vor allem aber auch Seniorinnen und Senioren, die selbst keine Möglichkeit haben, zum Einkauf oder zum Arzttermin in die Stadt zu kommen. In einer im Durchschnitt immer älter werdenden Bevölkerung muss sich Elze auch hier für die Zukunft aufstellen. Zu berücksichtigen ist ebenso, dass die Streichung des Busses auch Vereine und Organisationen treffen würde, die diesen in der Vergangenheit genutzt haben. Die Unabhängigen wünschen sich eine ausgiebige Diskussion mit ihren Ratskolleginnen und -kollegen und erst nach Prüfung aller Möglichkeiten. Eine Entscheidung auf möglichst breiter Basis.

Teizitat vom Artikel aus der Leine-Deister-Zeitung vom 20.03.2024 über die Sitzung des Sozialausschusses:

**Ulrich Bantelmann** brachte den Dachverband „Pro Bürgerbus Niedersachsen“ ins Spiel. Rein technisch gesehen handelt es sich bei einem Bürgerbus um einen barrierefrei ausgestatteten Kleinbus mit acht Fahrgastplätzen, der mit einem ganz normalen Autoführerschein gefahren werden darf. „Der Bürgerbus wird vom Land gefördert“, unterstrich **Bantelmann**. Ziel müsse es seiner Meinung nach auf jeden Fall sein, die Nutzungsmöglichkeiten zu erweitern. „Ein Zuschussgeschäft bleibt ein solcher Bus wohl immer, genau wie ein Freibad“, so der UWE-Politiker. ... „Auf jeden Fall brauchen wir einen Bus unbedingt für unsere Kinder“, meinte **Esther Pflock-Klatte**. Sie plädierte für eine schnelle Übergangslösung ... Am Ende waren sich die Ausschussmitglieder einig, dass sich die Verwaltung zunächst einmal um eine schnelle Übergangslösung für den Kindergartenbusbetrieb kümmern soll.

## Unabhängige im Kreistag

### Pressemitteilung: Rot-Grün hat im Kreistag nur noch eine dünne Mehrheit

Die ohnehin relativ knappe Mehrheit von Rot-Grün und drei weiteren Kreistagsabgeordneten ist von rund 56 % auf rund 53 % gesunken. Statt der ursprünglich 36 Mitglieder gehören jetzt nur noch 34 von 64 Abgeordneten der Mehrheitsgruppe an. Nach der Auflösung der Fraktion „Die Linke“ vertritt die Mehrheitsgruppe nur noch rund 51 % der Wählerinnen- und Wählerstimmen der Kommunalwahl im September 2021. Trotzdem dominiert die Gruppe dank der von der früheren SPD/CDU-Koalition in Hannover beschlossenen Sitzverteilung nach d'Hondt die Ausschüsse im Kreistag und lehnt fast alle Vorschläge der Opposition ab.

Die Gruppe verfügt über 7 von 10 stimmberechtigten Sitzen im Kreisausschuss und 10 von 15 stimmberechtigten Sitzen in den Fachausschüssen. Diese Sitzverteilung steht in einem krassen Missverhältnis zu der Zahl der Abgeordneten der Gruppe im Kreistag und widerspricht somit dem Spiegelbildlichkeitsgebot.

Mit einer Anwendung des früheren Verfahrens nach Hare/Niemeyer wäre eine gerechtere Verteilung der Sitze verbunden, sämtliche Fraktionen würden in den Fachausschüssen stimmberechtigte Sitze erhalten. Die Fraktionen der FDP und der Unabhängigen vertreten immerhin rund 10 % der Wählerinnen- und Wählerstimmen, haben aber keine entsprechenden Stimmrechte erhalten. Unabhängig davon haben wir uns mit zahlreichen Initiativen intensiv und konstruktiv für die Belange des Landkreises eingesetzt.

So haben wir bei der Standortfrage der Berufsbildenden Schulen in Hildesheim schon früh mit entsprechenden Anträgen klare Termine für die seit langem ausstehende Entscheidung gefordert und die Bedeutung der Berufsschulen für Stadt und Landkreis hervorgehoben. Erst die CDU und dann auch die Mehrheitsgruppe haben sich mit Änderungsvorschlägen erst kurz vor bzw. in der Kreistagssitzung unserem erfolgreichen Antrag angeschlossen.

Zur Sicherstellung der ortsnahen ärztlichen Notfallversorgung im Südkreis haben wir unverzüglich hervorgehoben, dass der Erhalt und die Unterstützung der Klinik in Gronau notwendig sei. Auf unseren Antrag hin sind Vertreterinnen und Vertreter der Klinikleitung in eine Sitzung des Gesundheitsausschusses des Kreistages eingeladen worden, um dort auf ihre aktuelle Situation und auf die zukünftige Entwicklung des Bedarfs einzugehen. Aus unserer Sicht sollte der ärztliche Notdienst in Zusammenarbeit mit medizinischen Versorgungszentren und der Ärzteschaft ausgebaut werden.

Die Mehrheitsgruppe im Kreistag ignoriert offensichtlich, dass der Landkreis vor großen Herausforderungen steht. Für die Haushaltsjahre 2024 bis 2027 ist von Defiziten in Höhe von rund 130 Mio. € auszugehen, der Schuldenstand zum 31.12.2023 liegt mit rund 173 Mio. € weit über dem Landesdurchschnitt, zudem sind für die Haushaltsjahre 2024 bis 2027 Kreditaufnahmen in Höhe von 240 Mio. € vorgesehen. Die für die Berufsbildenden Schulen erforderlichen Mittel sind noch nicht einmal in der Mittelfristigen Planung vollständig enthalten. Ferner entstehen bei den Städten und Gemeinde durch die dem Landkreis obliegende Aufgabe der Kinderbetreuung allein im Jahr 2024 Defizite in Höhe von rund 50 Mio. €. Auch insoweit kommt der Landkreis nicht umhin, sich stärker zu beteiligen. Trotz dieser prekären Finanzsituation hat die Mehrheitsgruppe allein für den Haushalt 2024 zusätzliche Ausgaben in Höhe von 3,5 Mio. € veranlasst und Einsparungsvorschläge unserer Fraktionen und der CDU abgelehnt. Auch der auf unseren Antrag hin eingesetzte Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung wird von der Mehrheitsgruppe leider nicht so intensiv begleitet, wie es erforderlich ist.

## Unabhängige in Sarstedt

Einstimmig hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt sich am 29.02.2024 für den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vom Bahnhof in die Gewerbegebiete ausgesprochen. Die Stadt Sarstedt schließt mit dem Landkreis Hildesheim eine Vereinbarung für eine Testphase von zwei Jahren ab und beteiligt sich anteilig an den Gesamtkosten. **Sabine Düker** begrüßte die Äußerung eines Ratskollegen, dass man eine zusätzliche Haltestelle auf der Strecke der Stadtbahnlinie 1 - Höhe Nullpunkt - nicht aus den Augen verlieren soll.

### Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1 – 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann

Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail [vorstand@u-hi.de](mailto:vorstand@u-hi.de).

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: [vorstand@u-hi.de](mailto:vorstand@u-hi.de)